

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Harald Meußgeier

Abg. Dr. Andrea Behr

Abg. Laura Weber

Abg. Marina Jakob

Abg. Harry Scheuenstuhl

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

**Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Gerd Mannes, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)**

**Heimische Brauereien stärken, Umweltschutz schützen: Erhöhung der Pfandwerte für Glasflaschen und Getränkekisten (Drs. 19/7238)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist für die AfD-Fraktion Herr Kollege Harald Meußgeier.

(Beifall bei der AfD)

**Harald Meußgeier (AfD):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Tribüne! Zuerst möchte ich eines klarstellen: Der Verband Private Brauereien Bayern e. V hat sich in seiner Stellungnahme von meinem Antrag distanziert. Im Ausschuss wurde mir eine schriftliche Erklärung des Verbands vorgelegt. Ja, der Verband hat diesen Antrag nicht initiiert, und nein, ich habe ihn auch nicht gefragt. Warum sollte ich anfragen? – Das ist mein Antrag. Mir geht es vorwiegend um Nachhaltigkeit, Umweltschutz, Ressourcenschutz und Müllvermeidung.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, komisch ist, dass der Verband genau diese Punkte online kritisiert und beklagt. Der Rücklauf ist seit Jahren unzureichend. Gemäß Statistik fehlen den Brauereien jährlich 10 bis 15 % ihrer Glasflaschen. Das sind 200 Millionen Stück. Zudem fehlen jährlich 5 % der Getränkekisten. Das sind circa eine Million Stück. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man das in Geldbeträge umrechnet, erhält man 50 Millionen Euro für fehlende Flaschen und circa 5 bis 6 Millionen Euro für Getränkekisten, die ebenfalls fehlen oder verloren gehen.

Mein Antrag verfolgt eigentlich mehrere Ziele:

Erstens. Mit dem Antrag verfolge ich die Stärkung der heimischen, oft mittelständischen Betriebe. Genau sie sind von diesen Verlusten stark betroffen; aber meine Unterstützung wollen sie anscheinend nicht.

Zweitens. Mir geht es um die Nachhaltigkeit. Mit meinem Antrag will ich einen aktiven Beitrag zum Umwelt- und Ressourcenschutz leisten.

Drittens. Unfall- und Verletzungsgefahren sollen vermieden werden. Menschen, vor allem kleine Kinder, und Tiere sind in diesem Zusammenhang stark gefährdet. Beispiele gibt es genügend. Betroffen sind Innenstädte mit Parkanlagen, vor allem bei öffentlichen Veranstaltungen, und mit Spielplätzen usw. Wer in München ein bisschen spazieren geht und sich die nähere Umgebung anschaut, der wird feststellen, dass sehr viele Glasflaschen zerbrochen herumliegen.

Viertens. Ein positiver Effekt des Antrags ist, dass ein kleiner Beitrag gegen die Rentenarmut geleistet wird, weil Flaschensammlung dadurch wieder begehrt wird. Der aktuelle Pfandwert von 8 Cent pro Flasche und 1,50 Euro pro Getränkebox ist angesichts der realen Beschaffungskosten viel zu niedrig. Aktuell kostet eine Mehrwegflasche in der Herstellung zwischen 20 und 25 Cent, eine Box bis zu 6 Euro. Bei den aktuellen Benzinpreisen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dürften diese Herstellungskosten mittlerweile überschritten werden.

Durch einen niedrigen Pfandwert nimmt die unerwünschte Vermüllung unserer Innenstädte massiv zu. Laut einer Umfrage der Deutschen Umwelthilfe aus dem Jahr 2024 stammen bis zu 40 % des Glasflaschenaufkommens in bayerischen Städten aus entsorgten Glasgetränkeflaschen.

Mein Antrag dazu lautet, das Pfand von Mehrwegflaschen von 8 auf 25 Cent zu erhöhen und das Pfand von Getränkeboxen von 1,50 auf 5 Euro zu erhöhen. Generell wäre ein einheitliches Pfandsystem hier auch wünschenswert. In Bayern allein werden jährlich rund 1,5 Milliarden Mehrwegflaschen neu in Umlauf gebracht. Die Anhebung des Pfands würde einen echten Anreiz schaffen, Flaschen zurückzubringen. Die Rück-

laufquote liegt in Deutschland derzeit bei circa 76 %. In anderen europäischen Ländern, wo höhere Pfandbeträge gelten, beträgt sie bis zu 90 %. Österreich ist uns wieder einen Schritt voraus. Dort hat man im Jahr 2025 genau das gemacht, was ich beantrage, nämlich ein einheitliches Pfandsystem mit einem Pfand von einheitlich 25 Cent. Höhere Rücklaufquoten und eine Schonung der Ressourcen könnten das Mehrwegsystem stärken und helfen, die Umwelt zu schützen. Die Maßnahmen würden unnötigen Müll verhindern und die Kosten für die Entsorgung senken.

Ich möchte noch eines zum Ausdruck bringen. Die Kollegin Frau Behr hat mir im Ausschuss eine Antwort gegeben, um den Antrag abzulehnen, was ich so nicht mittragen kann. Sie hat gesagt, die Vermeidung von Müll durch eine Erhöhung des Pfands sei kein überzeugendes Argument; denn viele Pfandflaschen mit einem Pfandbetrag von 25 Cent lägen als Müll herum. Das mag so sein; aber Österreich hat bewiesen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass sich die Rücklaufquote dadurch massiv erhöht hat. Wenn man Nachbarländer ohne ein Pfandsystem betrachtet, dann kann man klar den Vorteil eines Pfandsystems erkennen.

Mit unserem Antrag sorgen wir für fairen Wettbewerb, wir bewahren die regionalen Strukturen, schonen unsere Ressourcen und leisten aktiven Umweltschutz. Deswegen gebe ich euch heute noch einmal die Möglichkeit, meinem Antrag eventuell zuzustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Die nächste Rednerin ist die Kollegin Dr. Andrea Behr für die CSU-Fraktion.

**Dr. Andrea Behr (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In Bayern heißt es so schön: Hopfen und Malz – Gott erhalt's! Bei den Kollegen der AfD-Fraktion sind Hopfen und Malz aber eher verloren,

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

wenn Sie mit so einem Antrag daherkommen, als hätten wir nichts anderes zu tun, als über ein so "wichtiges" Thema wie das Bierflaschenpfand zu sprechen. Sonst sind Sie doch immer gegen Bevormundungen und Regulierungen.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Meußgeier (AfD))

Sie möchten hier den Brauereien etwas aufs Auge drücken, was diese gar nicht wollen. Sie schreiben in Ihrem Antrag, dass die Staatsregierung aufgefordert werden soll, sich im Bundesrat für die Vereinheitlichung des Mehrwegmanagements und die Erhöhung des Pfandsatzes für Mehrwegflaschen aus Glas auf 25 Cent und Getränkekästen auf 5 Euro einzusetzen. In Ihrer Begründung steht, der Verband Privater Brauereien e. V. halte dies für unbedingt notwendig. Sie haben in Ihrer Rede erwähnt, dass sich der Verband davon distanziert hat und vorher auch gar nicht gefragt wurde. Ich persönlich informiere mich immer, bevor ich hier im Plenum rede, und habe bei den Privatbrauereien bei uns in Unterfranken einmal nachgefragt; denn manchmal schreibt der Verband etwas anderes als das, was die einzelnen Brauereien wollen. Ich habe von den Brauereien unisono nur Gelächter geerntet. Einer hat sogar erwidert: Das ist jetzt nicht euer Ernst! Habt ihr in der momentanen wirtschaftlichen Situation, in der die Privatbrauereien stecken, nichts Wichtigeres zu tun als euch darüber zu unterhalten? – Das nehme ich einfach ernst.

(Beifall bei der CSU – Michael Hofmann (CSU): Hört, hört!)

Lassen Sie doch bitte den Brauereien die Freiheit, ihre Ziele und Wünsche erst einmal selbst zu äußern. Darauf kann die Politik dann reagieren.

Wir wollen hier bei uns in Bayern keine Verbots- und Bevormundungspolitik. Ihr Antrag entspricht zudem sowohl im Wortlaut als auch inhaltlich fast eins zu eins einem Antrag, den Ihre Fraktion im Jahr 2022 schon einmal gestellt hat. Das Pfand auf Einwegkunststoffflaschen beträgt 25 Cent. Ihr Argument der Müllvermeidung bei einer Erhöhung des Pfands auf 25 Cent bei Bier- und Glasflaschen ist nicht überzeugend; denn Sie haben es ja gesagt: Etliche 25-Cent-Pfandflaschen landen dennoch im Müll.

Wir hatten bei uns an der Uni Würzburg bei der Stadtmensa einmal ein Mehrwegflaschenpfand. Es wurde nämlich das Pfand erhöht, und trotzdem war der gesamte Ringpark voll mit Plastikbechern bzw. mit Kaffeebechern. Daraufhin ist das Pfand wieder zurückgenommen worden. Seitdem ist Ruhe. Das Argument des Rückgangs der Vermüllung im Zusammenhang mit einer Pfanderhöhung lasse ich nicht gelten.

In der AfD-Antragswerkstatt denkt man wohl auch, Umweltpolitik wäre eine Rechenaufgabe: Einfach beim Pfand eine größere Zahl draufschreiben, einsetzen, und fertig ist das Konzept. So einfach ist ein Umweltkonzept aber nicht. So etwas ist nichts anderes als Symbolpolitik.

Bezüglich der Forderung nach einer rechtlich verbindlichen Festlegung der Pfandentgelte für Mehrwegflaschen und Kästen, um damit den gestiegenen Rohstoffkosten Rechnung zu tragen, hat das Umweltministerium bereits mehrfach Gespräche im Rahmen des Runden Tisches Pfandsysteme mit der Branche geführt, und zwar gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium sowie mit Vertretern des Verbands Private Brauereien Deutschland e. V. und dem Deutschen und Bayerischen Brauerbund.

Hinsichtlich der Umsetzbarkeit einer entsprechenden Pfanderhöhung herrscht jedoch innerhalb der Branche kein Konsens. So wird seitens des Deutschen und des Bayerischen Brauerbundes insbesondere der hohe Kostenaufwand der Brauereien als kritisch eingestuft. Solange innerhalb der Branche Uneinigkeit besteht, wird auch die Forderung nach einer gesetzlichen Festlegung aus fachlicher Sicht nicht sinnvoll sein.

Die Pfandhöhe für Einwegverpackungen wurde gesetzlich festgeschrieben, um die Mehrwegsysteme zu stärken und den Umlauf von Einwegkunststoffflaschen zu reduzieren. Dieser Ansatz sollte aus umweltfachlicher Sicht auch weiterhin verfolgt werden. Es geht hierbei um Plastikmüll und die Belastung unserer Umwelt durch Mikroplastik etc., die gesundheitsschädlich ist. Daher ist eine Gleichstellung der Pfandentgelte von Mehrweg- und Einwegverpackungen aus fachlicher Sicht einfach obsolet. Aus

abfallwirtschaftlicher Sicht kann jedoch anstelle eines einheitlichen Flaschenpfandes eine weitere Vereinheitlichung des Mehrwegpools zielführend sein.

Als Ergebnis des Runden Tisches Pfandsysteme wurde beschlossen, die Pfanderhöhung in Österreich von 9 auf 20 Cent erst einmal abzuwarten, die in Österreich einheitlich von den Großbrauereien beschlossen wurde. Wir schauen uns die Auswirkungen erst einmal an und können dann Rückschlüsse für Bayern ziehen.

In meinem Gespräch mit den privaten Brauereien kam als einziger Wunsch heraus, die Pfandsysteme auf EU-Ebene zu vereinheitlichen. Damit haben wir als Landtag dann auch nichts mehr zu tun. Auf EU-Ebene sollten die Pfandpreise angepasst werden. Wir von der CSU lehnen den Antrag aus den genannten Gründen ab. Ich kann sagen: Zum Wohl!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Herr Harald Meußgeier hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

**Harald Meußgeier (AfD):** Sehr geehrte Kollegin Behr, ich habe mir die Mühe gemacht, mit einigen Brauereien zu sprechen. Bei uns in Franken gibt es sehr viele kleine Brauereien. Fast in jeder Ortschaft gibt es eine kleine Brauerei. Diese haben die Problematik, dass Glasflaschen verschwinden. Mir geht es vorwiegend um den Ressourcenschutz; denn Deutschland hat nur wenige Ressourcen. Es geht mir auch um die Unfallgefahr – vor allem auf Spielplätzen und in Parkanlagen. Viele Menschen sind unvernünftig und lassen eventuell auch Flaschen liegen, auf die es 25 Cent gäbe. Ich finde das sehr schade und traurig. Aber wenn man das mit anderen Ländern vergleicht, die kein Pfandsystem haben, stellt man fest: Dort landen vielerorts viel Müll und auch Plastikflaschen in den Flüssen und sonst wo.

Ich finde es schade, dass wir nicht auf einen gemeinsamen Nenner kommen und sagen: Wir gehen in Bayern mal voran und schaffen ein einheitliches Pfandsystem. Aber gut, es ist halt so.

**Dr. Andrea Behr (CSU):** Das Thema Pfand betrifft nicht nur Bierglasflaschen, sondern bei uns in Würzburg waren es Kaffeetassen aus Porzellan. Das ist überhaupt nicht das Thema. Demokratie ist ganz einfach: Die Mehrheit entscheidet. Wenn die Mehrheit der deutschen Privatbrauereien, wenn der Verband Private Brauereien Deutschland e. V., sagt, sie haben kein Interesse daran, sollten wir uns als Politiker danach richten. Jeder Einzelne kann entscheiden. Vielleicht ist das auch ein Aufruf an jeden Einzelnen, daran zu denken, seinen Müll nicht einfach liegen zu lassen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht als Nächste die Kollegin Laura Weber.

**Laura Weber (GRÜNE):** Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn sich die AfD mal mit dem Umweltschutz beschäftigt, dann kommt so ein Antrag heraus. Hätten Sie sich einmal mit den Verbänden, mit dem Großteil der Brauereien unterhalten, wäre dieser Antrag nicht entstanden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieser Antrag ist weder durchdacht noch sinnvoll. Ich wundere mich auch; denn hier wird eine staatliche Regulierung für ein System gefordert, das tatsächlich ganz gut funktioniert. Die Verständigung auf das Flaschenpfand ist keine gesetzliche Vorgabe, sondern die Getränkewirtschaft einigt sich auf die Pfandhöhe. Auch der Arbeitskreis Mehrweg, der aus Umweltverbänden und der Getränkewirtschaft besteht, sieht keinen Anlass für die Erhöhung des Pfands: Die Pfandhöhe sei stabil, und die Rücklaufquoten in Deutschland seien hoch, gut und stabil. Die wenigen Flaschen, die vor allem in Städten stehen bleiben, sieht der Verband nicht als Problem für das Mehrwegsystem.

Tatsache ist: Eine hastige Umstellung auf ein höheres Pfand wäre logistisch mit riesigen Herausforderungen verbunden und würde die Branche viele Hundert Millionen Euro kosten. Das bestätigten nicht nur die Geschäftsführer des Bayerischen Brauerbunds und des Deutschen Brauer-Bunds; auch der Verband Deutscher Mineralbrunnen mit 150 Mitgliedsunternehmen und der Bundesverband des Deutschen Getränkefachgroßhandels mit über 450 Firmen sind gegen eine Erhöhung. Auch der VKU, der durchaus andere Ansätze hat, sagt, prioritär die Wirtschaft solle sich um das Flaschenpfand kümmern. Es geht nicht darum, dass wir gesetzlich direkt eingreifen.

Wir brauchen ein Mehrwegsystem, das insgesamt gestärkt wird. Das sollte grundlegend passieren. Eine undurchdachte Einzelmaßnahme mit teilweise schwerwiegenden Folgen ist hier nicht zielführend. Wir brauchen auch und vor allem eine Abgabe auf Einwegverpackungen und die erweiterte Herstellerverantwortung. Darüber hinaus muss die Debatte – meine Vorrednerin hat es schon gesagt – auf den höheren Ebenen, insbesondere auf europäischer Ebene geführt werden.

Klar ist, dass die deutschen und bayerischen Brauereien unter Druck sind. Große Chancen bieten hier neue alkoholfreie Getränke und regionale Biere. Tatsächlich hatten wir vor ein paar Wochen schon einen Antrag hier im Plenum, der insbesondere kleinere Brauereien unterstützen sollte. Dieser wurde leider abgelehnt.

Wir brauchen keine aktionistische, undurchdachte Aktion. Wir brauchen keinen sinnlosen Antrag, der überreguliert, bürokratische Hürden aufbaut und unabsehbare Kosten verursacht.

Am Schluss will ich noch eine Sache anmerken, die mir hier bei der Vorstellung des Antrags besonders aufgestoßen ist. Die Tatsache, dass Sie sich einmal mit der Umwelt beschäftigen und dann so etwas herauskommt, ist tragisch genug. Aber dass Sie hier wirklich das höhere Pfand als positiven Beitrag zur Rentenarmut benennen, ist unglaublich. Sie verstehen nichts von Sozialpolitik. Das ist wirklich unterste Schublade

(Beifall bei den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Damit lasse ich es auch. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Wir haben noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung, die knapp rechtzeitig war, für Frau Weber vom Kollegen Meußgeier.

**Harald Meußgeier (AfD):** Ich muss mich jetzt schon ein bisschen wehren, da Sie mich jetzt als unsozial betitelt haben, weil ich das Einsammeln des Flaschenpfands erwähnt habe. Ihnen ist das aber schon bewusst, wenn Sie in den Städten herumgehen, vor allem in München? – Ich gehe viel in München spazieren, bleibe auch oft stehen und beobachte die Leute, wie sie die Flaschen aus dem Müll holen und sammeln, um ihr tägliches Brot aufzubessern. Sie betiteln mich deswegen als unsozial. Es ist ein Nebeneffekt, ja, das stimmt. Man kann es aber tagtäglich in den Städten beobachten.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Das war jetzt die Erklärung?)

**Laura Weber (GRÜNE):** Da kann ich nur sagen: Ja, ich bezeichne Sie als unsozial, und ich bezeichne Sie auch als Nicht-Umweltschützer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Jetzt Frau Kollegin Marina Jakob. Bitte.

**Marina Jakob (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt ist einmal etwas nicht reguliert. Sie rufen immer, liebe – nicht liebe, sondern: Kollegen von der AfD, nach weniger Regulatorien.

(Lachen und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Sie rufen immer nach weniger Gesetzen. Jetzt kommen Sie daher und wollen Dinge regeln, über die die Branche einfach selber bestimmen kann.

Die Branche ist sich in diesem Bereich nicht einig. Viele Unternehmen fordern eine Pfanderhöhung, ob es jetzt, wie Sie vorgeschlagen haben, 25 Cent sind oder gleich

noch mehr sein muss. Viele wollen es aber auch nicht. Unsere Aufgabe ist, das Ganze zu moderieren, aber nicht, es zu regulieren. Das tun wir auch. Es gibt viele Gespräche und Runde Tische, sei es im Umweltministerium, sei es im Wirtschaftsministerium. Eine komplette Systemumstellung des Pfands ist einfach nur komplex. Es ist schwierig. Deswegen muss die Branche es insgesamt selber wollen. Sie muss insgesamt und einheitlich den Anstoß dazu geben.

Deswegen gibt es absolut keinen Grund, diesem Antrag zuzustimmen. Wir lehnen ihn ab. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Für die SPD-Fraktion Kollege Scheuenstuhl, bitte.

**Harry Scheuenstuhl (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Offensichtlich befasst sich der AfD-Antrag heute mit braunen Flaschen.

(Heiterkeit bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN –  
Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn man den Antrag der Alternative für Deutschland liest, könnte man meinen, hier komme die große Rettung für Bayerns Brauereien. Nur dumm, dass die Realität diese schöne Geschichte schon nach wenigen Stunden zerlegt hat; denn ausgerechnet der Verband der Privaten Brauereien Bayern – also genau diejenigen, die von der AfD genannt worden sind – hat unmissverständlich erklärt: Mit uns, den Brauereien, hat niemand darüber gesprochen. – Der Antrag wurde von ihnen weder angestoßen, noch wurden sie vorab konsultiert. Also nichts dergleichen, was man eigentlich zu tun hat.

Meine Damen und Herren, deutlicher kann man eine politische Blamage eigentlich kaum dokumentieren. Die AfD behauptet, für eine Branche zu sprechen, und die Branche sagt öffentlich sinngemäß: Bitte hören Sie auf, uns dafür zu instrumentalisieren. – Das ist kein Einsatz für den Mittelstand. Das ist politische Anmaßung, und es ist auch typisch für diese Partei der Spaltung: Laut auftreten, große Schlagzeilen produzieren,

einfache Parolen verbreiten und sich nicht einmal die Mühe machen, mit den Betroffenen zu sprechen.

Natürlich gibt es Herausforderungen beim Mehrwegsystem. Natürlich verschwinden Flaschen. Natürlich entstehen Kosten. Aber ernsthafte Politik besteht darin, Lösungen mit den Beteiligten gemeinsam zu entwickeln, mit Brauereien, Handel, Logistik und Kommunen zu sprechen und es abzustimmen.

Dann wird noch der Umweltschutz herbeigezogen, den die AfD im Haushaltsausschuss vehement bekämpft. Jeder Antrag für den Klimaschutz wird, soweit es geht, mit allen Kräften bekämpft.

(Zuruf von der AfD)

Sich dann noch hinzustellen und für den Umweltschutz zu sprechen! Sogar Radfahrer müssen für Ihren Antrag herhalten. Mensch, dann macht halt einmal etwas für den Umweltschutz und bekämpft ihn nicht vehement. Das ist meine Meinung.

(Beifall bei der SPD)

Die AfD dagegen präsentiert eine simple Rechnung: Pfand hoch, Problem gelöst. Meine Damen und Herren, wenn Politik so einfach wäre, könnte man das immer so machen.

Auch das Argument der Vermüllung hält einer kurzen Realitätsschau nicht stand. Einweggefäße mit 25 Cent Pfand liegen heute schon in Parks, an Radwegen und in Innenstädten. Offenbar bewirkt ein höheres Pfand bei einigen Menschen nicht, dass sie sich für das Recycling einsetzen. Und dann noch danke für die Zwangsabgabe, AfD! Zehn Euro pro Kasten Bier! – Bravo! Danke dafür! Herzlichen Dank, dass wir in Zukunft zehn Euro hinblättern müssen!

Aber anstatt sich mit echten Ursachen zu beschäftigen, wird hier ein populistischer Schnellschuss abgefeuert. Hauptsache, man kann sich anschließend als vermeintlicher Retter der bayerischen Brauereien feiern lassen.

Wertes Hohes Haus, unsere tollen Brauereien mit einem hervorragenden Bier und einem zivilen Preis brauchen keine selbsternannten Schutzpatrone aus der braunen Oppositionsecke, die ungefragt für sie sprechen.

(Zuruf von der AfD)

Sie brauchen verlässliche Rahmenbedingungen, Planungssicherheit und eine Politik, die mit ihnen spricht anstatt über sie hinweg. Genau deshalb ist der Antrag nichts anderes als populistischer Aktionismus ohne Substanz. Kurz gesagt: Viel Lärm, wenig Ahnung und keinerlei Abstimmung mit den Beteiligten. Wir stimmen logischerweise dagegen.

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult, Herr Kollege. Auch bei Ihnen gibt es eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Meußgeier.

**Harald Meußgeier (AfD):** Herr Kollege Scheuenstuhl, nur mal kurz angemerkt: Es gibt auch grüne und rote Flaschen.

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Aber aus diesem Grund habe ich mich nicht gemeldet.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Erstens. Ich habe es in meiner Rede am Anfang gesagt: Ich habe diesen Verband nicht angefragt und nie dazu initiiert. Das habe ich auch gesagt, weil es mir in meinem Antrag genau um diese Fakten geht, die ich genannt habe. Komisch ist aber, dass genau dieser Verband, bevor ich meinen Antrag gemacht habe, genau diese Sachen auf seiner Seite kritisiert hat, dass ihnen jährlich eben genau soundso viele Flaschen abhandenkommen, ihnen das Geld fehlt usw.

Das Zweite, was ich Ihnen sagen wollte: Sie haben keine Ahnung, was der Unterschied zwischen den Worten Umweltschutz und Klimaschutz ist.

(Zuruf von den GRÜNEN)

**Harry Scheuenstuhl (SPD):** Zwischen den Worten kann man immer viel lesen. Das stimmt. Aber wenn Sie Schneid gehabt hätten, dann hätten Sie Ihren Antrag zurückgezogen. Da müssten wir doch heute gar nicht darüber reden, wenn Sie sagen, der Verband will das gar nicht. Und dann berufen Sie sich schriftlich darauf, machen aber hier heute einen Rückzieher. Mensch, passen Sie halt ein wenig auf, wenn Sie einen Antrag schreiben! Dann können wir ordentlich darüber reden.

(Zuruf von der AfD)

Wenn Sie hier vorab etwas zurückziehen, ist mir das recht. Aber normalerweise hätten Sie Ihren Antrag zurückziehen müssen wegen Unfähigkeit und Unwahrheit!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Widerspruch bei der AfD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen diesem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Bei Gegenstimmen der Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Stimmenenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir gehen bis 13:15 Uhr in eine Mittagspause.

(Unterbrechung von 12:43 bis 13:15 Uhr)

Es ist 13:15 Uhr. Wie angekündigt, nehmen wir die Sitzung nach der Mittagspause wieder auf. Ich darf Sie alle herzlich begrüßen.

Ich gebe vorab bekannt, dass zu dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Keine Atom-Besessenheit und keine Atom-Märchen – Jetzt in bezahlbare, saubere und sichere Energie investieren!" auf Drucksache 19/11162 und zu dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Respekt für Bayerns Beamtinnen und Beamte – Tarifergebnis jetzt vollständig und ohne Verzögerung übertragen" auf Drucksache 19/11095 namentliche Abstimmung beantragt wurde.